

# So reagieren Verbände und Vereine auf das Bieler Budgetdebakel

Die Wirtschaftsverbände begrüßen das Nein zum Budget, aber auch eine Gewerkschaft zählt sich zu den Siegerinnen. Nun muss schnell eine neue Lösung her – das sehen auch die Verlierer so.

Jérôme Lécho und Carmen Stalder

«Nach der riskanten Streichsorgie des Bieler Stadtrats war absehbar, dass das Stimmvolk das Budget ablehnen würde», schreibt Claudio Marrari, Regionalsekretär der Gewerkschaft VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienste). Der VPOD hatte anders als der Personalverband der Stadt Biel gegen das Budget votiert – und sieht sich nun auf der Seite der Abstimmungssieger.

Und damit steht für Marrari fest: «Der VPOD hat sich im Vorfeld der Abstimmungen klar gegen das Budget ausgesprochen.» Deshalb sieht er sich auf der Seite der Abstimmungsgewinner und möchte keine weiteren Einschnitte beim städtischen Personal und beim Service public mittragen. Denn der VPOD und der Personalverband der Stadt Biel hätten bereits einer Reihe von Massnahmen zugestimmt, sofern sie sozialverträglich umgesetzt werden könnten.

Der Gemeinderat wollte in seinem Budgetvorschlag für 2023 ursprünglich 1,3 Millionen Franken beim Personal einsparen. Dies, indem alle regulären Lohnerhöhungen für ein Jahr ausgesetzt und auf einen Teuerungsausgleich verzichtet würde.

Aber auch durch einen Stellenabbau, bei dem mindestens mit Blick auf das Sparpaket Substance 2030 mit Kündigungen zu rechnen war. Der Personalverband der Stadt Biel, der VPOD und der Gemeinderat verhandelten daraufhin – und fanden zu einem Kompromiss (das BT berichtete).

## Lohnerhöhungen nicht aussetzen

«Entscheidend für den VPOD war, dass ein Stellenabbau möglichst nicht mit Kündigungen, sondern über die natürliche Fluktuation gelöst wird», sagt Marrari. Aber auch bei den anderen Massnahmen wurde ein Kompromiss ausgehandelt. So werden die regulären Lohnerhöhungen bis Lohnstufe 15 (8500 bis 9000 Franken monatlich)



Das Komitee «Biel für alle» hat vergebens für eine Annahme des Budgets gekämpft.

Bild: Anne-Camille Vaucher

nicht ausgesetzt, und alle städtischen Angestellten erhalten einen Teuerungsausgleich von 100 Franken – auch jene in einer höheren Lohnstufe. Statt 1,3 Millionen kann die Stadt so noch 550 000 Franken sparen.

«Die grosse Sorge des VPOD im Vorfeld dieser Budgetabstimmung war, dass alles wieder zur Debatte steht», sagt Marrari. Also auch die dem Gemeinderat abgerungenen Anpassungen. Deshalb wird Marrari alles daransetzen, dass diese Linie in den Verhandlungen, die am Donnerstagabend beginnen, nicht überschritten wird.

Auf die bürgerlichen Vorschläge, bei der städtischen Verwaltung Stellen einzusparen, hat der Gewerkschafter jedenfalls schon eine Antwort bereit: «Die städtischen Mitarbeitenden arbeiten sehr effizient. Sie dürfen jetzt im Nachgang der Budgetabstimmung nicht unter die Räder kommen.»

Wenn es nach dem Gewerkschafter geht, soll das städtische Personal also von weitergehenden Sparmassnahmen verschont bleiben. Das heisst im Umkehrschluss aber auch, dass man andernorts sparen müsste.

Denn die Abstimmung am Sonntag hat gezeigt: Ohne substanzielle Sparmassnahmen ist das Stimmvolk nicht willens, einem nächsten Budget zuzustimmen.

## Stadt wie eine Firma führen

Ebenfalls auf der Siegerseite, aber aus einer anderen politischen Warte steht der Gewerbeverband Bieler KMU. Präsidentin Miriam Stebler zeigt sich nach der Ablehnung des Budgets «total erleichtert». Sie habe sich eine deutliche Ablehnung erhofft. Eine Annahme hätte zu einer massiven Steuererhöhung und entsprechenden Konsequenzen geführt, ist sie überzeugt: Insbeson-

dere für Firmen hätte der Wirtschaftsstandort Biel an Attraktivität verloren, so manche hätten der Stadt den Rücken gekehrt.

Miriam Stebler hat eine klare Forderung: «Die Finanzen der Stadt müssen nun so gehandhabt werden, wie man es auch bei einer Firma tun würde.» Es müsse überprüft werden, wo es Sparpotenzial gebe, die Strukturen in der Verwaltung müssten analysiert und Prozesse optimiert werden. Leute mit Know-how müssten konkrete Sanierungsvorschläge aufs Tapet bringen – utopische Erwartungen hätten keinen Platz mehr.

Mit einer einseitigen Steuererhöhung ohne gleichzeitigen Sparwillen kann die Verbandspräsidentin nichts anfangen. Wird der Rotstift dagegen anständig gezückt, ist der Gewerbeverband auch bereit, eine Steuererhöhung mitzutragen. Doch: «Es kann nicht sein, dass eine Firma mehr Steuern bezah-

len muss als Private. Das ist ein Affront», sagt Stebler.

## Schlechtes Signal abgewehrt

Wie der Gewerbeverband hat sich auch die Wirtschaftskammer Biel-Seeland am Abstimmungskampf beteiligt und Stimmung gegen das Budget gemacht. Vom deutlichen Scheitern ist Geschäftsführer Gilbert Hürsch nicht überrascht. Mit Blick auf die Inflation und die steigenden Energiepreise sei es wohl vor allem als Nein zur Steuererhöhung zu interpretieren.

Er glaubt, dass die Annahme von höheren Unternehmenssteuern ein schlechtes Signal ausgesendet hätte, gerade auch bei der Neuansiedlung von Firmen. Nun sei es an den Parteien, aufeinander zuzugehen und Lösungen für ein seriöses Budget zu finden. «Wir brauchen Ansätze, die allen gerecht werden», sagt er – also den Bürgerinnen und Bürgern,

aber auch den Unternehmen und der Stadt. Falls unter den Parteien keine Einigkeit hergestellt werden könne, drohe die Übernahme durch den Kanton – «und das will niemand», so Hürsch.

## Angst vor Abwärtsspirale

Das Komitee «Biel für alle» hat in den vergangenen Monaten für das Budget gekämpft – und bedauert nun die Ablehnung. Am runden Tisch am Donnerstag gehe es darum, herauszufinden, ob und wo man sich finden könne, sagt Urs Scheuss, Stadtrat (Grüne) und Mitglied von «Biel für alle».

Auf der Suche nach einem Kompromiss steht für das Komitee aber eines fest: Ein neues Budget könne nur dann eine Mehrheit finden, wenn Angebote und Leistungen für eine vielfältige und lebendige Stadt erhalten bleiben. «Das Komitee wird sich gegen Abbaumassnahmen im Sozialen und in der Kultur wehren, denn dadurch würde die Stadt in eine Abwärtsspirale geraten, die langfristig auch die städtischen Finanzen schwächt», heisst es in einer Medienmitteilung.

Scheuss spricht sich dafür aus, gewisse vom Gemeinderat vorgeschlagene und dann wieder gestrichene Sparmassnahmen erneut in das Budget aufzunehmen. Den Vorschlag einer linearen Kürzung für alle Subventionsempfänger tut er jedoch als «Unsinn» ab: Manche Organisationen würden damit in ihrer Existenz gefährdet, befürchtet er.

Das Komiteemitglied ist sich bewusst, dass die Fronten im Bieler Parlament verhärtet sind. Falls kein Kompromiss erreicht wird, plädiert Scheuss für eine Nullrunde. Heisst: Das Budget 2022 würde fürs Jahr 2023 adaptiert, die ganzen Sparübungen um ein Jahr vertagt. Man könne das Problem zwar nicht ewig vor sich hinschieben. Hauptsache sei aber, ein gültiges Budget zu haben. «Wenn der Kanton übernimmt, muss er sich nicht bei der Bevölkerung verantworten. Dann sind gekürzte Beiträge und gekündigte Leistungsverträge programmiert.»

# Nur Löhne und laufende Verträge sind gesichert

Weil die Stadt Biel ab Januar 2023 kein Budget hat, warten zähe Monate auf die Verwaltung. Und sie braucht neu besondere Formulare, die der Kanton für teures Geld prüfen könnte.

Jérôme Lécho

«Ich habe soeben über die Farbe der Antragsformulare entschieden», sagt Finanzdirektorin Silvia Steidle, aber eigentlich ist ihr nicht zum Witzeln zumute. Denn auf die Stadt ohne Budget kommt gerade ziemlich viel zu – insbesondere auf ihre Finanzdirektion. Diese wird in Eile ein neues Budget aufstellen müssen,

parallel dazu die Rechnung 2022 abschliessen – und ab Februar das Budget 2024 erarbeiten.

Bis auf den zweiten Budgetentwurf für 2023 gehört das zu den normalen Aufgaben der Finanzdirektion. Zusätzlich muss sie Weisungen zum Umgang mit zu tätigen Ausgaben erarbeiten und alle Anträge vom Gemeinderat prüfen lassen. Und hier kommen besagte Formulare

ins Spiel. Ausgaben, die in normalen Zeiten im Rahmen eines Budgets vorgesehen sind, müsste nun separat beantragt werden. Nicht für ein paar Fränkli, aber ab einem Betrag von 20 000 Franken – etwas, was normalerweise in der Kompetenz einer Betriebsleiterin läge.

«Stünde ein Heizungersatz für 80 000 Franken an, dann müsste die verantwortliche Per-

son nicht nur begründen, weshalb dieser Ersatz nötig ist.» Sondern sie müsste auch zwei Offerten einholen – eine für eine neue Heizung und eine für eine provisorische Überbrückung. Damit der Gemeinderat über diese Ausgabe beratschlagen könnte. «Bei den gegenwärtigen Energiepreisen würde wohl der Ersatz obsiegen», so Steidle. Unter dem Notbudget gilt es, so wenig Geld wie

nur nötig auszugeben. Das betreffe allerdings weder die Löhne der städtischen Angestellten noch Verpflichtungen, die die Stadt vor der Budgetablehnung eingegangen ist, wie die Finanzdirektorin versichert.

Die Formulare braucht Steidle einmal für die interne Kontrolle. Aber sie muss sie auch vorweisen können, falls der Kanton im Sommer für die Stadt ein Budget

machen sollte – zum Preis von gut 200 000 Franken. Denn dann würde er zuerst einmal die Bücher prüfen und dabei kontrollieren, ob auch alle ausserordentlichen Ausgaben durch Formulare gedeckt sind. Damit das nicht so weit kommt, setzt Steidle alles daran, dass diese Formulare nur ein vorübergehendes Ärgernis sind und die Bieler Politik doch noch ein Budget zustande bringt.